

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 6. Ratssitzung vom 18. Juni 2014

167. 2013/428

Postulat von Samuel Dubno (GLP) und Marc Bourgeois (FDP) vom 04.12.2013: Auftrag zur aktiven und verbindlichen Publikation der nicht dem Datenschutz oder dem Amtsgeheimnis untergeordneten Datenbestände der Stadtverwaltung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Samuel Dubno (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4553/2013): Die Stadt sammelt fleissig Daten. «Open Government Data» (OGD) schafft für die Bürger eine Möglichkeit der Kontrolle und somit zusätzliche Transparenz der Verwaltung. Dabei besteht auch ein Nutzen für die Verwaltung selber, indem sie ihre eigene Tätigkeit besser nutzen und beurteilen kann. Da es Rahmenbedingungen für Wirtschafts- und Innovationsförderung schafft, ist OGD auch für private Unternehmen ein Gewinn. Zürich ist in Sachen Open Data zwar schon relativ gut unterwegs, allerdings besteht im Moment erst eine Kann-Bestimmung für die Dienstabteilungen. Der Wechsel auf eine Soll-Formulierung stünde der Stadt, die sich ja auch als Ort für die IT-Branche positionieren möchte, auf jeden Fall gut an. Selbstverständlich dürfen nur Daten veröffentlicht werden, die keinen rechtlichen Schranken unterliegen. Aus Kostengründen soll die Umsetzung jeweils im Rahmen ohnehin vorzunehmender Anpassungen erfolgen.*

***Dr. Daniel Regli (SVP)** begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 8. Januar 2014 gestellten Ablehnungsantrag: In der Zielsetzung stimmen wir mit den Postulanten überein. Nicht unterstützen können wir aber, dass die Massnahmen beschleunigt umgesetzt werden sollen. Die Postulanten sehen den Staat in einer Bringschuld, was aber funktional schwierig ist: Wenn wahllos alle Daten unbearbeitet aufgeschaltet werden, wird das Ganze unübersichtlich. Ausserdem werden sehr viele dieser Daten niemanden interessieren. Der Forcierung dieses Vorhabens wird ein Selektionsmechanismus, der für den Nutzer hilfreich und wichtig wäre, zum Opfer fallen. Kommt hinzu, dass ein schnelles proaktives Vorgehen auch finanziell gesehen ein Problem darstellt, daher sprechen die Postulanten ja selber auch von einer schrittweisen Umsetzung. Das riecht nach Salami taktik. Wir finden, die Stadt darf in dieser Angelegenheit reaktiv bleiben.*

Weitere Wortmeldungen:

***Renate Fischer (SP):** Der Stadtrat hat bereits 2012 Richtlinien zu OGD erlassen, und am 28. Juni 2012 wurde das Portal in Betrieb genommen. Besucht man die Seite heute, zeigt sich, dass die Datensätze vor allem aus dem Tiefbau- und Entsorgungsdepartement (TED) sowie aus dem Präsidentsdepartement (PRD),*

insbesondere von Statistik Stadt Zürich (SSZ), stammen. Die SP unterstützt das Anliegen, geeignete Daten der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, solange die von der Stadt definierten Richtlinien eingehalten werden. Bereits heute besteht die Möglichkeit, mit der Stadt übers Internet Kontakt aufzunehmen und gewünschte Datensätze zu melden. Insgesamt ist Sorgfalt bei der Veröffentlichung von Daten sicher wichtiger als Beschleunigung. Die SP unterstützt aber das Anliegen, zu überprüfen, welche Behördendaten zusätzlich bereitgestellt werden können.

Walter Angst (AL): OGD ist vor allem ein Vorteil für Unternehmen; sie können die Daten auswerten und damit auf verschiedene Art und Weise Gewinn erzielen. Ich selber habe auch einmal versucht, Datensätze (bezüglich Kinderbetreuungsplätze) auszuwerten, bin aber gescheitert. Solange Datensätze nicht aufgearbeitet sind, kann die Bevölkerung nichts damit anfangen. Man muss sich im Klaren sein, wem welche Informationen dienen. Unsere Fraktion ist einerseits interessiert, andererseits aber skeptisch und wird deshalb nicht einheitlich stimmen.

Marc Bourgeois (FDP): Das Öffentlichkeitsprinzip verpflichtet die staatlichen Stellen, von sich aus mit Informationen von allgemeinem Interesse an die Öffentlichkeit zu gelangen und somit eine aktive Informationspolitik zu betreiben. Die Kantonsverfassung postuliert also in der Tat auch eine Bringschuld. Im Moment herrscht zu einem grossen Teil ein Hol-Prinzip, mit einzelnen Daten startet jetzt das Bring-Prinzip, wobei von der Stadt nicht verlangt werden kann, ihre Prozesse von heute auf morgen umzustellen und dadurch riesige Kosten zu generieren. Eine Suche auf gut Glück, wie sie heute erst möglich ist, nützt allerdings nicht besonders viel. Wenn die Informationen automatisiert freigegeben würden, liesse es sich einfacher und erfolgreicher suchen. Dagegen, dass Unternehmen von Daten profitieren, ist übrigens nichts einzuwenden. Bedenken bezüglich Persönlichkeitsschutz sind fehl am Platz, weil die Kantonsverfassung hierfür klare Regeln enthält. Unsere Forderung ist auf jeden Fall sinnvoll und technisch möglich.

Andreas Kirstein (AL): Das Öffentlichkeitsprinzip bezieht sich auf Wissen, das innerhalb von Regierung und Verwaltung vorhanden ist. Die Vorstufen von Wissen sind Informationen und schliesslich Daten. Die Auswertung von Daten mag schwierig sein, jedoch sehe ich darin kein Argument gegen deren Veröffentlichung. Im Gegenteil: Erst wenn Daten in bestimmten, dokumentierten Formaten vorliegen, ist es Firmen und Gruppierungen möglich, Tools und Applikationen, z. B. zur Visualisierung, zu entwickeln. Ausserdem muss eine aufgeklärte Bevölkerung doch die Möglichkeit haben, politische Entscheide und Prozesse anhand der zugrundeliegenden Daten zu überprüfen.

Samuel Dubno (GLP): Man darf ruhig etwas Vertrauen haben in die Nutzer öffentlich zugänglicher Daten, seien es nun juristische oder natürliche Personen.



3 / 3

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Zürich war die erste Schweizer Stadt, die sich geöffnet hat. Seit 2012 konnten rund 200 Datensätze zugänglich gemacht werden. In der Stadtverwaltung sind aber noch viele Daten vorhanden, die unter Berücksichtigung der Datenschutzbestimmungen bedenkenlos zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Frage, wie schnell dies vonstatten gehen kann, hängt aber entscheidend davon ab, wie viele Ressourcen investiert werden. Dies ist mit ein Grund, warum der eingeschlagene Weg nicht der schnellste ist.*

Das Postulat wird mit 94 gegen 26 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat